

EHRENWÖRTLICHE VERSICHERUNG des BIETERS

1) Ausschlusskriterien

Entsprechend der derzeit gültigen Haushaltsordnung müssen Bewerber oder Bieter von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen werden,

- a) die sich im Konkursverfahren, in Liquidation oder im gerichtlichen Vergleichsverfahren befinden oder ihre gewerbliche Tätigkeit eingestellt haben oder sich aufgrund eines in den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer vergleichbaren Lage befinden;
- b) die aufgrund eines rechtskräftigen Urteils aus Gründen bestraft worden sind, welche ihre berufliche Zuverlässigkeit infrage stellen
- c) die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen haben, die vom Auftraggeber nachweislich festgestellt wurde;
- d) die ihrer Pflicht zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen, Steuern oder sonstigen Abgaben nach den Rechtsvorschriften des Landes ihrer Niederlassung, des Landes des öffentlichen Auftraggebers oder des Landes der Auftragserfüllung nicht nachgekommen sind;
- e) die rechtskräftig wegen Betrugs, Bestechung, Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung oder einer anderen gegen die finanziellen Interessen der Gemeinschaften gerichteten Handlung verurteilt worden sind;
- f) bei denen im Zusammenhang mit einem anderen Auftrag oder einer Finanzhilfe aus dem Gemeinschaftshaushalt eine schwere Vertragsverletzung wegen Nichterfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen festgestellt worden ist.
- g) die im Zuge der Mitteilung der vom öffentlichen Auftraggeber für die Teilnahme an der Ausschreibung verlangten Auskünfte falsche Erklärungen abgegeben haben oder die verlangten Auskünfte nicht erteilt haben;
- h) die sich zum Zeitpunkt des Vergabeverfahrens in einem Interessenskonflikt befinden

Als separate Dokumente müssen alle Bewerber oder Bieter

- i) einen Nachweis dafür bringen, dass sie im Berufs- oder Handelsregister eingetragen sind; alternativ kann eine Ehrenwörtliche Versicherung beigebracht werden oder eine Bescheinigung, die den Bestimmungen des Landes, in dem sie niedergelassen sind, entspricht;

Ich/wir bestätige(n), dass keiner der aufgeführten Ausschlussgründe auf mich/uns und - für den Fall geplanter Vergabe von Unteraufträgen – auf den Unterauftragnehmer zutrifft und die geforderten Nachweise beigelegt sind. Ich/wir verpflichte/n mich/uns schon jetzt für den Fall, dass mein/unser Angebot den Zuschlag erhalten soll, umgehend geeignete und aktuelle behördliche Nachweise vorzulegen, die die obigen Erklärungen bestätigen.

(Ort, Datum)

(Stempel)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)